

Kleingärten in Sachsen-Anhalt sind unverzichtbar!

Gerade auf dem Land stehen viele Parzellen leer. Die Vereine sind oft gezwungen, ihre Flächen zurückzugeben, ein Rückschritt. Allein zwischen 2017 und 2024 wurden fast ein Viertel der Kleingartenflächen in Sachsen-Anhalt aufgegeben. Wir haben Vorschläge für die Zukunft der Kleingärten!

Weiter auf Seite 11



Soziale Bollwerke in unsicheren Zeiten

Kann eine Kommune pleitegehen? So einfach ist das nicht. Trotz knapper Kassen müssen staatliche Aufgaben erledigt werden. Aber die Unterfinanzierung von Städten und Gemeinden nimmt zu.

- Seite 2 und 3

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kommunen in Sachsen-Anhalt sind die Herzkammer unseres gemeinsamen Zusammenlebens. Ob in der Stadt oder auf dem Land: Eine moderne Schule, genug Kitaplätze mit kostenfreiem Mittagessen für unsere Kinder sowie eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sind doch nicht zu viel verlangt! Die Linke streitet an ihrer Seite genau darum. Die Landesregierung unter Reiner Haseloff steht seit Jahren nur für Lethargie und Stillstand.

Wir legen deshalb den Finger in die Wunde: Wann wird endlich der Lehrermangel gestoppt? Wo bleibt der flächendeckende Nahverkehr? Wo sind der Handyeingang und Internetanschluss an jeder Milchkanne? Wie sollen Kliniken Kranke gesund machen, wenn sie durch die Landesregierung unter Zwang gesetzt werden, Gewinne zu erzielen? Wir machen konkrete Änderungsvorschläge und bringen uns im Landtag für Sie ein. Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit!

Alles Gute wünscht



Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende

Soziale Bollwerke in unsicheren Zeiten

Kommunen brauchen stabile Finanzen



Die Bernburger Innenstadt lädt noch zum Schlendern und Erkunden ein

Kann eine Kommune pleitegehen? So einfach ist das nicht. Trotz knapper Kassen müssen staatliche Aufgaben erledigt werden. Aber die Unterfinanzierung von Städten und Gemeinden nimmt zu. Trotz immer größer werdender Finanzspritzen aus Bund und Land geht es den Kommunen schlecht, insbesondere in Sachsen-Anhalt. Denn die Einnahmen hängen ebenso von Gewerbesteuern starker Unternehmen und den Einkommensteuern der Einwohner ab.

Die Oberbürgermeisterin von Bernburg, Silvia Ristow (Die Linke), macht deutlich, dass auch einnahmestärkere Jahre den Kommunen nicht dauerhaft helfen: „Denn nach guten Jahren senkt das Land entsprechend den Mehreinnahmen seine Zuweisungen ab und unsere Abgaben an den Landkreis steigen. Dementsprechend stehen die Mehreinnahmen nicht für den laufenden Betrieb zur Verfügung, sondern müssen zum

Ausgleich der sich ändernden Finanzströme vorsorglich zurückgelegt werden. Nur ein kleiner Anteil verbessert tatsächlich die kommunale Finanzlage.“ Ristow, die vor dem Bürgermeisterinnenamt lange Finanzdezernentin in Bernburg war, verweist auf die Unsicherheit in der Planung. „Wir arbeiten immer mit Zahlen von vor zwei Jahren, da der aktuelle Haushalt immer an die Bedingungen der Vorjahre gebunden bleibt“. Dabei sei es gerade

wichtig, dass wir für freiwillige und soziale Aufgaben verlässlich planen können. „Denn Kultur, Sport und Soziales sind zentrale Haltepunkte einer Stadt. Theater, gepflegte Sportanlagen, Highlights wie das Schlossfeuerwerk oder andere ortstypische, für alle zugängliche Veranstaltungen machen den Reiz des Ortes aus und stärken die Verbundenheit. Deshalb bemühen sich die Kommunen um den Spagat zwischen der Erfüllung der dringend notwendigen Ausgaben und dem Erhalt der sogenannten freiwilligen - und doch so nötigen - Leistungen.“

jedoch 2022 und 2023 im Ergebnis ein deutliches Plus verzeichnen. Im Auf und Ab der Finanzen müht sich die Stadt um stabile Strukturen. Mit Erfolg: Bernburg wurde im letzten Jahr vom Ostdeutschen Sparkassenverband als „Kommune des Jahres“ ausgezeichnet. Damit wurde insbesondere das seit über zehn Jahren bestehende Sozialzentrum gewürdigt. Unter einem Dach versammelt das Bernburger Sozialzentrum die örtliche Tafel, eine Begegnungsstätte mit Suppenküche, die Wohnungslosenunterkunft, das Möbellager und die Kleiderkammer. Silvia Ristow freut sich mit ihrem Team und dem Stadtrat über die Auszeichnung, denn diese „ist Rückenwind für unseren Anspruch, soziale Hilfe und Begegnung zu verbinden.“ Ein solcher Umgang ist unverzichtbar für sozialen Zusammenhalt und Sicherheit.

Im Auf und Ab der Finanzen müht sich die Stadt um stabile Strukturen. Mit Erfolg!

Auch Bernburg kämpfte in seinen Haushaltsplänen mit Defiziten in Millionenhöhe, konnte

Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind ein dauerhaftes Spannungsfeld. Mittels Bundes- und Landesgesetzen werden



Die Oberbürgermeisterin von Bernburg, Silvia Ristow (Die Linke)

Städten und Gemeinden zwar mehr Aufgaben übertragen, aber eben nicht automatisch mehr Geld. Der Dauerstreit ums Geld erklärt sich zudem aus den großen Unterschieden: Wirtschaftstarken Geberländern wie Bayern und Baden-Württemberg stehen klamme Nehmerländer wie Sachsen-Anhalt oder das Saarland gegenüber. In Bayern zahlen etliche Dax-Konzerne Gewerbesteuern ein, im mittelständisch geprägten Sachsen-Anhalt dagegen gibt es kein einziges im Dax geführtes Unternehmen. Ähnlich schreiben sich auch die Unterschiede innerhalb der Bundesländer fort, zum Beispiel bei Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts (BIP, gemessen pro erwerbsfähige Person). So erreicht der Saalekreis als wichtiger Standort der chemischen Industrie den guten 50. Platz im bundesweiten Vergleich der Wirtschaftsleistung aller 400 Landkreise (BIP 2021). Damit ist der Saalekreis der beste Landkreis innerhalb Sachsen-Anhalts, vor Anhalt-Bitterfeld (Platz 115) und der Börde (174). Dagegen rangiert der Landkreis Mansfeld-Südharz, ehemalige Hochburg des Kupferbergbaus, nur

auf Platz 395 und gehört damit zu den wirtschaftsschwächsten in ganz Deutschland.

„**Der Weg kann nicht sein, da wo die Wirtschaft fehlt, braucht es keine Kultur.**

- Stefan Gebhardt

Besonders in klammen Regionen wie im Mansfelder Land wird hart ums Geld gefochten. Erfolgreich waren etwa die Klagen der Städte Hettstedt, Mansfeld und Eisleben gegen ihre Pflicht-Abgaben an den Landkreis Mansfeld-Südharz. Nun muss der Landkreis 40 Millionen Euro zurückzahlen, – eine Summe, die er allein gar nicht mehr aufbringen kann. Auch die kürzlich bewilligte Hilfe von 20 Millionen Euro aus dem so genannten Notfallfonds des Landes Sachsen-Anhalts decken diese Lücke nicht annähernd.

Stefan Gebhardt sitzt für die Linke im Stadtrat von Hettstedt. Die juristische Klage seiner Stadt gegen den Landkreis sei bitter,



Stefan Gebhardt muss bei so viel finanziellen Unsicherheiten erstmal tief Durchatmen

aber nicht mehr vermeidbar gewesen. Die Hettstedter Finanzmisere ist so groß, dass selbst die Sanierung zweier Parkbänke nicht mehr in der Hand der Stadträtinnen und Stadträten liegt. Für die kommunale Selbstverwaltung, ein demokratisches Gebot mit Verfassungsrang, sei „das Gift“, so Gebhardt, „denn nur wer etwas gestalten kann, wird sich auf Dauer engagieren“. Stefan Gebhardt, der auch kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag ist, kämpft seit Langem für den Erhalt sozialer und kultureller Infrastruktur. Nicht zum ersten Mal war etwa das Theater in Eisleben von Kürzungen bedroht. „Der Weg kann nicht sein, da wo die Wirtschaft fehlt, braucht es keine Kultur“, so Gebhardt. Dann würden „ganze Landstriche in Ostdeutschland veröden, und das treibt den Rechten die Leute zu.“

Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt müssen attraktiv bleiben für Alteingesessene,

sowie attraktiver werden für Zugezogene und Rückkehrerinnen. Dafür braucht es Geld und zwar besonders dort, wo es seit Jahren klemmt. Die Linke sagt, für Kommunen, die nichts an der Wirtschaftsstruktur ändern können, müssen endlich gesetzliche Lösungen geschaffen werden. Auch Ortschaftsräte brauchen ein Budget, über das sie entscheiden können. Ein erster, kleiner Schritt wäre, das Förderdickicht aus Zusatzprogrammen zu lichten: Die Linksfraktion fordert dafür eine öffentliche, transparente Datenbank. Denn im Moment gibt es zahlreiche Förderprogramme, deren Fristen sowieso nur von großen Verwaltungen gestemmt werden können. So bestimmen oft Sonderprogramme über wichtige Investitionen in Kitas, für altersgerechtes Bauen oder Klimaschutz. Die Entscheidung sollte aber zuerst bei den Stadt- und Gemeinderäten liegen: Kommunale Selbstverwaltung geht nur, wenn das Geld in den regulären Haushalten verfügbar ist.



Freyburg an der Unstrut – „Blühende Landschaften“ brauchen zwingend auskömmliche Finanzierung



Mit Mut gegen Armut in Sachsen-Anhalt

In so einem reichen Land wie Deutschland sollte niemand in Armut leben müssen – eigentlich. Die Realität in Sachsen-Anhalt ist eine völlig andere. Die Zahl der Armutsbetroffenen steigt. Die Landesregierung schaut dabei zu.

Am Ende des Monats wird es für viele Menschen in Sachsen-Anhalt eng mit dem Geld. Der Besuch im Kino fällt dann aus und auf den Teller gibt es oft nur noch Nudeln mit Tomatensoße. Kein Wunder, denn die Lebenshaltungskosten sind auf Rekordhöhe, während das Lohnniveau vor sich hin dümpelt. Armut ist eines der zentralen Probleme im Land, vor allem bei Kindern, Alleinerziehenden und Rentnern: Jeder fünfte Mensch in Sachsen-Anhalt ist armutsgefährdet, bei den Kindern ist sogar jedes vierte Kind arm! Fast eine Viertel Millionen Menschen im Land arbeiten zu Niedriglöhnen. 81.000 Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter über 65 Jahre sind derzeit von Altersarmut betroffen. Das sind etwa 12 Prozent aller Männer und 16 Prozent aller Frauen. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten wegen der Inflation ins Unermessliche. Dinge des täglichen Bedarfs – Lebensmittel, Hygieneprodukte

und Energie – werden zu Luxusartikel, die sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger immer seltener leisten können. Ein leerer Kühlschrank oder eine kalte und dunkle Wohnung sind die Folgen für die, die in Krisenzeiten unter die Räder kommen. Die Tendenz ist steigend.

„Sonst wird die soziale Spaltung zu einer Bedrohung für die Demokratie.“

- Eva von Angern

Die Linke im Landtag von Sachsen-Anhalt findet sich damit nicht ab. Eva von Angern, Fraktionsvorsitzende und Mitbegründerin des Netzwerks gegen Kinderarmut, macht deutlich: „Sachsen-Anhalt kommt seit Jahren beim Thema Kinderarmut ganz

schlecht weg. Die Verarmung droht angesichts der Inflation und den Preissteigerungen sich weiter zu verschärfen. Das hat etwas mit dem Niedriglohn-Land Sachsen-Anhalt zu tun. Armut ist kein Naturgesetz, sondern entsteht, weil Eltern in Armut leben und weil Eltern sich trennen. Als

Linke fordern wir hier endlich ein Handeln der Landesregierung. Wenn wir davon ausgehen, dass wir jedes Kind brauchen – für unsere Gesellschaft, für die Wirtschaft – dann müssen wir alles dafür tun, um allen Kindern und Jugendlichen ein gerechtes Aufwachsen zu ermöglichen. Eine

Armutsgefährdungsquote in Sachsen-Anhalt

in Prozent, aufgliedert nach Familienform, 2022

Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	51,9%
Zwei Erwachsene und ein Kind	8,2%
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	10,1%
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	39,9%



Kindergrundsicherung, die ihren Namen gerecht wird, faire Löhne und flächendeckende Maßnahmen gegen Armut sind dafür unerlässlich. Dafür muss sich Ministerpräsident Haseloff endlich stark machen! Sonst wird die soziale Spaltung zu einer Bedrohung für die Demokratie.“

Die Linke im Landtag kämpft für mehr Investitionen in Bildung, sichere Arbeitsplätze, soziale Unterstützung und preiswerten Wohnraum. Die Zukunft der Menschen in Sachsen-Anhalt hängt nicht von der Schuldenbremse ab. Von der „Schwarzen Null“ können sich die Menschen keinen Ausflug am Wochenende leisten. Was nützt unseren Kindern die Schuldenbremse, wenn ihre Bildungschancen und damit auch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt immer schlechter werden, weil zu wenig ins marode Bildungssystem gesteckt wird? Im Gegenteil: Nicht Kaputtsparen, sondern sinnvolle Investitionen sind nötig. Ebenso, wie eine enge Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, gemeinnützigen Organisationen und Verbänden, um die Ursachen der Armut anzugehen und Unterstützung für diejenigen bereitzustellen, die betroffen sind. Doch der Ministerpräsident kümmert sich nicht um die Belange derer,

die jeden Euro zwei Mal umdrehen müssen. Aussitzen statt Anpacken ist seine Agenda. Nach mir die Sintflut.

Anders Die Linke: „Wir sind verstärkt auf der Straße und in den Fußgängerzonen unterwegs, um mit den Leuten zu reden. Wir bieten Sozialberatungen an und unterstützen Menschen, die sich an uns wenden, wenn sie in finanzielle Engpässe geraten sind“, sagt Fraktionschefin von Angern. „Der Gesprächsbedarf ist riesig und wir kümmern uns. Das ist unsere Kernkompetenz“, meint Eva von Angern entschlossen. „Die Menschen brauchen eine Politik des Mutes, nicht der Ohnmacht. Kopf hoch, nicht die Hände!“

Die Linke im Landtag ist die Lobby für die, die nicht wissen, ob das Geld bis Ende des Monats reichen wird. Wir stellen die Frage der Gerechtigkeit offensiv ins Zentrum unserer Arbeit und erheben für Armutsbetroffene unsere Stimme im Parlament. Dort lassen wir nicht nur Dampf ab, dort legen wir den Finger in die Wunde, wenn die Landesregierung die Sorgen und Nöte der „sozial Abgehängten“ konsequent ignoriert. Dort bringen wir bei jeder Gelegenheit Anträge mit Maßnahmen zur Bekämpfung

von Armut und für mehr soziale Gerechtigkeit im Land ein (siehe Infobox).

„Unser Kompass ist unverrückbar: Wir wollen, dass die Menschen in unserem Bundesland eine dauerhafte Zukunftsperspektive bekommen: Kein Kind mehr in Armut, keine Arbeit zu

Billiglöhnen, keine Oma und kein Opa am Müllimer zum Fläschensammeln! Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben mehr verdient, vor allem Respekt und Würde.“, so die Fraktionsvorsitzende.

Wir haben im Landtag für Sie beantragt:

699 Euro Kindergrundsicherung – für eine Kindheit ohne Armut

1.200 Euro Mindestrente für die Anerkennung der Lebensleistung von Rentnerinnen und Rentnern

644 Euro Grundsicherung statt Hartz IV 2.0 (Bürgergeld)

14 Euro Mindestlohn für ein Leben ohne Lohndumping und Inflationsausgleich

Verbot von Strom- und Gassperren

Energie-Härtefallfonds für Menschen mit wenig Einkommen

Kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen

Beitragsfreiheit in Kitas

Dem Rechtsruck entgegentreten – aber wie?



Eric Stehr, Stadtrat in Weißenfels, hat für sein vielfältiges Engagement den Ehrenamtspreis des Landtages von Sachsen-Anhalt erhalten.

Die Einflussnahme der Rechten im ländlichen Raum, insbesondere der AfD, ist eine besorgniserregende Entwicklung, die sich in den letzten Jahren verstärkt hat. Was heißt das für kommunale Politik vor Ort? Was können wir dem Rechtsruck entgegensetzen?

Die Kommunen sind das Herzstück der Demokratie – das ist nicht nur irgendein Spruch. In Sachsen-Anhalt leben allein knapp 80 Prozent der Menschen im ländlichen Raum, also in kleinen Kommunen. Sie führen die großen politischen Debatten im Kleinen. Was passiert mit unserer Stadt oder unserem Dorf, wenn rechte Tendenzen weiter

zunehmen? Wie kann ich mich im Alltag für unsere Demokratie einsetzen?

Das sind Fragen, die sich nach den Recherchen des Medienhauses „Correctiv“ zu den Umsturz- und Deportationsplänen der AfD immer mehr Menschen stellen. Es folgte ein bundesweiter Aufschrei und ein Aufbäumen gegen

die rassistischen Pläne der AfD, welche schlimmste Erinnerungen aus der Geschichte aufkommen ließen. Wir sahen beeindruckende Demonstrationen für den Erhalt der Demokratie – in den Zentren, aber auch in Kleinstädten. Doch Demonstrationen ändern den Alltag nicht. Es braucht den gesellschaftlichen Konsens, der AfD konsequent zu widerspre-

chen und eine Regierung, die die Nöte und Ängste der Menschen ernstnimmt.

Rechte Parteien und Gruppen suchen bewusst Plattformen wie Social Media, um Desinformation zu verbreiten und Menschen zu radikalisieren.



Von Eric Stehr mitgegründet: Die Kúfa (Küche für alle), die regelmäßig Essen an Bedürftige ausschenkt

Das Erstarken rechter Tendenzen, so sagen Politikwissenschaftler, ist ein Ergebnis verschiedener Faktoren, darunter wirtschaftliche Unsicherheit, gesellschaftliche Veränderungen, Globalisierung und das Versäumnis etablierter Parteien, die Sorgen und Bedürfnisse ländlicher Kommunen angemessen anzusprechen, aber auch verfestigte Ressentiments und

rassistische Einstellungsmuster. Rechte Parteien und Gruppen suchen bewusst Plattformen wie Social Media, um Desinformation zu verbreiten und Menschen zu radikalisieren.

Die Fraktion Die Linke und die linken Stadtratsfraktionen in den Kommunen gehen hier einen anderen Weg. Ein Beispiel dafür ist Eric Stehr, Stadtrat in Weißenfels und mit viel Herzblut in zahlreichen Bündnissen und Gruppen engagiert. Er organisiert zum Beispiel Suppenküchen für Bedürftige und hat nicht zuletzt den ersten Christopher Street Day (CSD) im Burgenlandkreis auf die Beine gestellt, um auch in den Kleinstädten kulturell und politisch etwas zu bewegen. Wie erlebt er das gesellschaftliche Klima in Weißenfels? Eric Stehr: „Das Klima im ländlichen Raum ist aufgeheizt. Egal, ob es um Migrations- oder Diversitätspolitik geht, man wird schnell angefeindet. Ich erhalte sogar Drohungen gegen mich und meine Familie. Strafanträge zu stellen, ist meist zwecklos. Die Justiz schützt uns Ehrenamtliche nicht genug.“

Den Menschen zuhören und sich vor Ort für soziale Sicherheit einsetzen, damit niemand abgehängt wird. Das ist das, was linke Kommunalpolitik ausmacht. Ob eine engere Taktung im ÖPNV, mehr Senioren- und Jugendtreffs in den Kleinstädten oder kostenfreie Kitaplätze: Die kommunalen Vertretungen der Linken sorgen dafür, dass es keine Ellenbogen-Debatten gibt, sondern diejenigen Hilfe erhalten, die sonst nicht beachtet werden. Das ist ein Teil, der dazu beitragen kann, dass sich weniger Menschen von der Demokratie und der Idee einer freien Gesellschaft verabschieden. Die Bekämpfung rechtsextremer Einflussnahme im ländlichen Raum erfordert aber eine ganzheitliche Strategie.

Henriette Quade ist linke Abgeordnete im Landtag und kämpft seit Jahren gegen Rechts: „Wir brauchen die konsequentere Ahndung rechter Straftaten. Wenn rechte Übergriffe, wie zum Beispiel 2021 am Bahnhof Seehausen geschehen, die politische Motivation aberkannt wird, dann gibt es hier erheblichen

Handlungsbedarf. Antisemitische Äußerungen in Chatgruppen von Polizisten in Sachsen-Anhalt dürfen nicht bagatellisiert werden. Migration darf nicht als Problem markiert werden. Wir brauchen jede und jeden in Sachsen-Anhalt und Chancen für die Menschen, die bereits da sind, statt Fachkräftekampagnen, die ins Leere laufen. Eine starke und eine notwendige Antwort auf die zunehmende Zahl an rassistischen Übergriffen im Land wäre ein Bleiberecht für Betroffene. Politik muss mehr denn je die Interessen der Betroffenen von rechter Gewalt in den Fokus zu stellen.“

Sollten künftig noch mehr Vertreter rechter Parteien in den Kreistagen und Stadträten sitzen, sieht Eric Stehr die künftige Entwicklung von Weißenfels und dem Burgenlandkreis ernsthaft bedroht: „Eine starkes rechtes Spektrum steht gegen Weltoffenheit und Zuwanderung. Das schreckt nicht nur Facharbeiter:innen, Kulturschaffende und Kreative ab, sondern auch Firmen. Darüber hinaus ist vor allem die AfD in Stadt und Landkreis nicht durch Mitarbeit aufgefallen, sondern eher als Bremserin.“

Politik muss mehr denn je die Interessen der Betroffenen von rechter Gewalt in den Fokus stellen.

- Henriette Quade



Henriette Quade auf einer Veranstaltung der AWO Sachsen-Anhalt zum Internationalen Tag gegen Rassismus unter dem Motto „XXL Bo(o)tschaften für Menschenrechte“ auf dem Domplatz in Magdeburg



Wenn dem Schulbetrieb der Kollaps droht

Man stelle sich vor: Das eigene Kind geht in die Schule. Doch die meiste Zeit verbringt es nicht im Unterricht, sondern mit dem Warten auf den Schulbus. Nicht, weil der Bus ständig ausfällt, sondern der Unterricht!

Diese Erfahrung macht Kay Lorenz, Vorsitzender des Kreiselternrats im Salzlandkreis, regelmäßig bei seinem ältesten Sohn. „Die Situation ist katastrophal. An der Schule meines Sohnes haben Schulklassen an manchen Tagen nur zwei oder drei Stunden Unterricht. Die restliche Zeit verbringen sie damit, auf den Bus zu warten, um wieder nach Hause zu fahren.“, erzählt uns der 36-jährige Vater dreier Kinder aus Belleben (Salzlandkreis). Herr Lorenz sorgt sich um die Zukunft seiner Kinder. Doch er steckt den Kopf nicht in den Sand. Im Gegenteil: Er schöpft daraus Kraft für sein Engagement. Und das kann sich sehen lassen: Ein Halbjahreszeugnis hat er der Bildungsminis-

terin Feußner ausgestellt. Den „Stammtisch Lehrkräftemangel“ hat er initiiert, um Eltern, Lehrer und Politik an einen Tisch zu bringen. Er hat auch einen Förderverein gegründet, um Spenden sammeln zu können, die den Schulen zu Gute kommen. Sogar vor dem Bundeskanzleramt hat er schon gegen die verkehrte Bildungspolitik protestiert. Das wohl größte Projekt hat Kay Lorenz im vergangenen Jahr ins Leben gerufen: Seine Initiative „No Teacher, No Future“ will aktiv gegen den Lehrermangel angehen. Mindestens einmal im Monat ist er vor Ort an den Schulen, um wachzurütteln und Hoffnung zu geben. Dabei sucht Kay Lorenz Gespräch mit Eltern, Lehrern und Schulleitern und

rennt offene Türen ein. An über 50 Schulen war seine Initiative bereits!

Das Problem sei vielschichtig, erklärt er uns: „Der Lehrkräftemangel erhöht den Druck auf die Lehrkräfte. Die hohen Belastungen führen wiederum zu einem erhöhten Krankenstand, was den Mangel weiter verschärft. Ein Teufelskreis. Und darunter leidet die Qualität des Unterrichts – zu Lasten der Kinder.“ Von der sog. Vorgriffstunde, wie sie die Bildungsministerin eingeführt hat, hält Herr Lorenz gar nichts. Das gilt auch für die Bildungsministerin. Sie lasse den direkten Draht zum Schulbetrieb vermissen und solle lieber ein offenes Ohr für die Belange der Eltern und Lehr-

kräfte haben, statt Thailand-Urlaub während einer Landtagssitzung zu machen, sagt er uns mit Augenzwinkern.

Eine Petition für kleinere Klassen steht in den Startlöchern und soll beim Bildungsministerium eingereicht werden. „Zunächst richte ich mein Hauptaugenmerk allerdings auf den Personalmangel an den Schulen. Damit steht und fällt alles! Deshalb setzen wir uns auch für mehr pädagogischen Mitarbeiter ein, um Ausfallstunden sinnvoll zu nutzen und Lehrkräfte zu entlasten.“

„Schlechte Bildungspolitik ist das Markenzeichen dieser Landesregierung.“

- Thomas Lippmann

Offene Türen rennt Kay Lorenz auch bei unserem Bildungsexperten und stellv. Fraktions-



vorsitzenden Thomas Lippmann ein, der die Bildungsministerin regelmäßig im Landtag mit der Bildungsmisere konfrontiert. „Schlechte Bildungspolitik ist das Markenzeichen dieser Landesregierung. Der gravierende Unterrichtsausfall in Sachsen-Anhalt bedroht den Bildungserfolg und die Zukunftschancen unserer Schülerinnen und Schüler“, meint Thomas Lippmann. Maßnahmen gegen den Personalmangel habe die Regierung viel zu lange verschleppt. Die bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte ab Sommer 2025 sei überfällig, andere Länder machen das seit Langem. „Sachsen-Anhalt verschleudert stattdessen jährlich bis zu einer Million Euro Steuergeld an unseriöse Headhunter für die Lehrkräftesuche im Ausland, kümmert sich aber zu wenig um die vielen Lehrkräften im Seiteneinstieg, die schon in den Schulen arbeiten.“, so der Bildungspolitiker. „Mit der Vorgriffstunde sind am Ende nicht weniger, sondern mehr Probleme entstanden, denn die Lehrkräfte tragen diese Zwangszusatzarbeit nicht einfach weg. Sie

werden noch häufiger und noch länger krank, sie scheiden noch häufiger und frühzeitiger aus dem Schuldienst aus. Das alles wirkt abschreckend auf Lehrkräfte, die neu zu uns kommen wollen.“ Schon jetzt ist die Zahl der langzeiterkrankten Lehrkräfte auf einen neuen Rekordwert von über 500 gesprungen!

Aus langjähriger Erfahrung weiß Thomas Lippmann, dass sich die Landesregierung nur dann bewegt, wenn nicht nur der Druck im Parlament, sondern auch der Protest vor Ort im Schulbetrieb

wächst. Deshalb stehen Thomas Lippmann und Kay Lorenz am „Stammtisch Lehrkräftemangel“ zusammen, deshalb hat unsere Fraktion „No Teacher, No Future“ mit Geld aus unserem Solifonds unterstützt.

Gemeinsame Positionen sind schnell ausgemacht: Mehr pädagogisches Fachpersonal, ein duales Lehramtsstudium, mehr Lehramtsstudienplätze und ein gesetzlich verankerter Personalschlüssel, damit die Zahl der Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und pädagogischen Mit-

arbeitern an die Zahl der Kinder und Jugendlichen an den Schulen gekoppelt ist. Während Thomas Lippmann weiterhin im Landtag den Finger in die Wunde legen wird, hat Kay Lorenz schon Pläne, was als nächstes kommt: Er will künftig die Politik im Kreistag aufmischen und für eine bessere Ausstattung an unseren Schulen kämpfen: „Ob Fachkräftemangel oder Rechtsruck: Bildung ist der beste Weg aus den Krisen und der Schlüssel für ein gutes Leben für unsere Kinder. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.“



Kay Lorenz mit seiner Initiative „No Teacher, No Future“ auf einer Kundgebung in Bernburg

Kurz & knapp



Eva von Angern,
Fraktionsvorsitzende

„Der Lohnabstand für Ostdeutsche ist und bleibt ein Skandal! Dass ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rund 600 Euro weniger verdienen, als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen, zeigt, wie wichtig unser Kampf für gute Arbeit und gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen ist. Unsere Position ist klar: Sachsen-Anhalt darf kein Billiglohnland sein! Wir haben mehr zu bieten und mehr verdient! Der Ministerpräsident erklärt sich in Sonntagsreden regelmäßig zum Retter des Ostens, aber da, wo er handeln könnte, steht er auf der Bremse.“



Kerstin Eisenreich,
agrarpolitische Sprecherin

„Unsere Landwirtschaft steht vor riesigen Herausforderungen: Klimawandelbedingte Starkwetterereignisse wie Dürre, Starkregen, Hagel, Hochwasser und Stürme haben erhebliche Ernteauffälle verursacht. Wir schlagen deshalb vor, einen landeseigenen Entschädigungsfonds einzurichten, in den Land, Bund und Landwirtinnen und Landwirte einzahlen. Sachsen-Anhalt braucht eine am Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die Ernährungssouveränität und regionale Wertschöpfung sowie den Schutz von Natur und Klima ins Zentrum rückt. Dazu brauchen die Betriebe verlässliche und leistbare Rahmenbedingungen und kein jährliches Hin und Her mit neuen Forderungen.“



Wulf Gallert,
wirtschaftspolitischer
Sprecher

„Wir brauchen keine Schuldenbremse, sondern eine Investitionswende. Seit die Schuldenbremse in Deutschland wieder in Kraft getreten ist, stagniert das Wirtschaftswachstum. Nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung leidet: Die Schuldenbremse verhindert Zukunftsinvestitionen für sozialen Ausgleich und sozialen Frieden, für den Strukturwandel in Zeiten des Klimawandels, für ein gutes Bildungssystem und eine funktionierende Infrastruktur. Kurz um: Die Schuldenbremse ist ein grandioser fiskalpolitischer Irrweg mit schwerwiegenden Folgen für unser Land. Höchste Zeit für ein Umdenken - auch in der Steuerpolitik. Denn wir sind ein Steuerfluchtland für Reiche und Superreiche. Wer Schulden reduzieren möchte, der muss für Steuergerechtigkeit kämpfen, statt Zukunftsinvestitionen das Wasser abzudrehen.“



Nicole Anger,
gesundheitspolitische
Sprecherin

„Die Gesundheitsversorgung steht auf dem Spiel: Unsere Krankenhäuser sind am Limit, ganzen Standorten droht das Aus. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, werden wir einen gesundheitlichen Notstand im Land erleben. Der Privatisierungswahn, der Privatinvestoren lukrative Rendite verspricht, geht zu Lasten der Beschäftigten sowie der Patientinnen und Patienten. Denn private Kliniken stoßen ganze Stationen ab, wenn der Profit nicht stimmt - wie in der Geburts- und Kindermedizin bereits geschehen. Es braucht daher einen Paradigmenwechsel: Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht! Wir fordern ein Ende des Fallpauschalen-Systems und ein neues Finanzierungsmodell, bei dem die Kostendeckung und nicht der Profit zum Maßstab aller Dinge erklärt wird.“

Die grüne Oase

Die Kleingärten in Sachsen-Anhalt sind unverzichtbar für Natur und Mensch. Was jetzt passieren muss, um die Zukunft der Datschen zu sichern.

Kleingärten haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion: Sie bringen Menschen aus unterschiedlichen Schichten zusammen, sind ein Ort für Rückzug und Erholung und sorgen ganz nebenbei für eine reiche Ernte von gesundem Obst und Gemüse. Gerade Familien mit geringen Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner freuen sich über ihren Garten und das, was sie sich dort aufbauen können.

Dabei sorgen nicht nur die Erdbeeren oder Kartoffeln aus dem eigenen Garten für eine gesunde Ernährung. Die Gartenkolonien sind gerade in den Städten ein Garant für für saubere Luft und Abkühlung.

Allein zwischen 2017 und 2024 wurden fast ein Viertel der Kleingartenflächen in Sachsen-Anhalt aufgegeben.

Doch die Kleingartenverbände im Land schlagen Alarm. Gerade auf dem Land stehen viele Parzellen leer. Die Vereine sind oft gezwungen, ihre Flächen zurückzugeben, ein Rückschritt. Allein zwischen 2017 und 2024 wurden fast ein Viertel der Kleingartenflächen in Sachsen-Anhalt aufgegeben. Das hat die Fraktion Die Linke im Landtag herausgefunden. Wenn diese Flächen für Straßen oder Einfamilienhäuser einmal versiegelt sind, ist ein Zurück zum Schrebergarten kaum möglich. Dabei brauchen wir gerade in Zeiten gestiegener Lebensmittelpreise im Supermarkt und zunehmenden Hitzesommern Rückzugsorte wie die Kleingärten.

Das sieht auch Kerstin Eisenreich so. Sie ist linke Abgeordnete im Landtag und kämpft für den Erhalt der Gärten: „Die Flä-

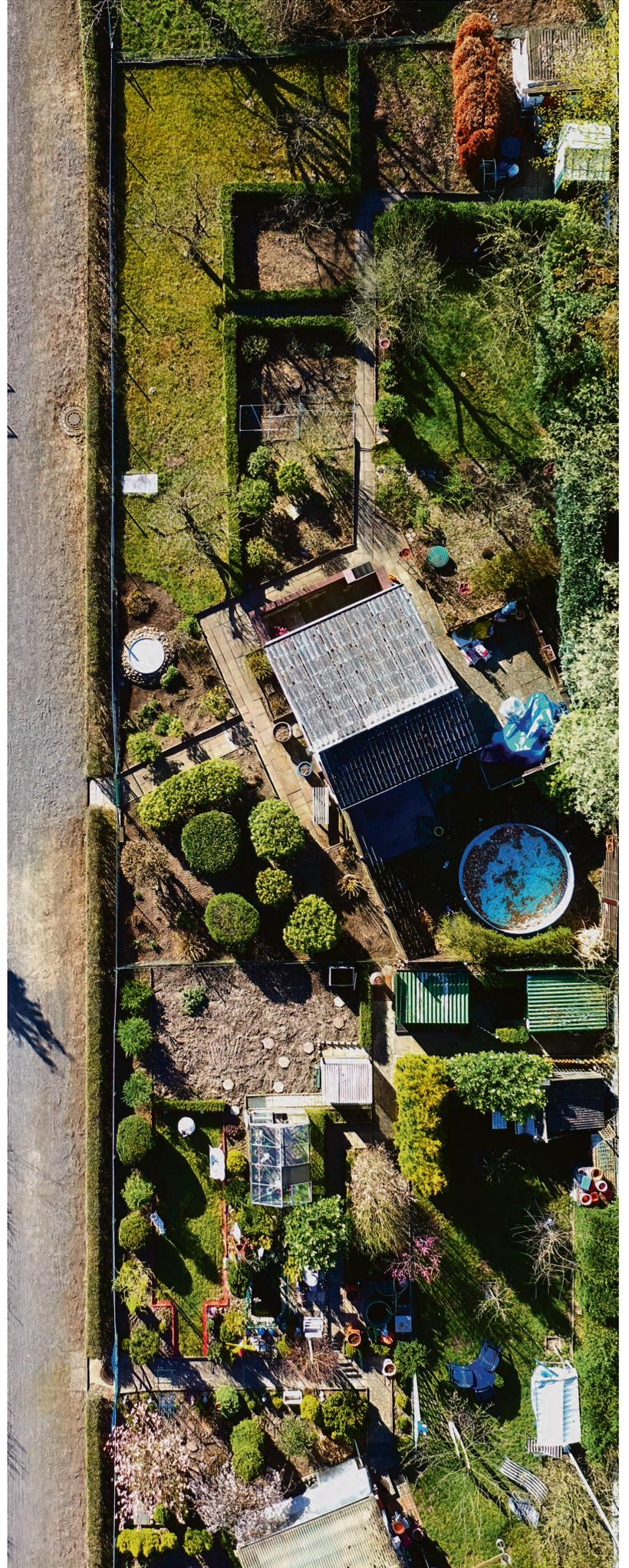
chen für Kleingärten dürfen nicht weiter eingeschränkt werden. In der Corona-Pandemie haben sich die Kleingärten als perfekter Rückzugs- und Ausgleichsort bewährt. Gerade in Zeiten des Klimawandels verdienen die Kleingärtner im Land mehr Wertschätzung für den Erhalt der grünen Oasen.“

Der Bestand der Kleingärten muss dauerhaft gesichert werden. Der Pachtzins muss sozialverträglich gestaltet werden. Damit keine Datschen der Abrissbirne zum Opfer fallen, schlägt die Fraktion Die Linke eine Überarbeitung der Kleingartenkonzepte in den Kommunen vor – zum Beispiel die Umnutzung leerstehender Parzellen in Blühwiesen, Streuobst- oder Grillflächen, Gemeinschafts- oder Schulgärten.

Doch das können die Kleingärtner nicht alleine stemmen. Hierfür müssen Fördergelder durch die Landesregierung bereitgestellt werden. Kerstin Eisenreich: „Wir setzen uns, zusammen mit dem Landesverband der Gartenfreunde, im Landtag für eine Stärkung der Kleingartenvereine ein. Die Landesregierung muss für die Umnutzung von leerstehenden Gärten einen Fördertopf über eine Million Euro bereitstellen, damit die grünen Oasen in Zukunft erhalten bleiben.“



Kerstin Eisenreich
Fraktionsvorsitzende



Für Sie vor Ort!



Monika Hohmann

Lange Gasse 3
06484 Quedlinburg
03946 8191267
www.monika-hohmann.de

Karlstraße 4
06844 Dessau



Andreas Henke

Hoher Weg 12b
38820 Halberstadt
03941 5952200
www.andreas-henke-lsa.de

Karlstraße 4
06844 Dessau



Stefan Gebhardt

Göpenstraße 25
06526 Sangerhausen
03464 6069875
www.stefan-gebhardt.de

Oststraße 5
06449 Aschersleben



Hendrik Lange

Am Gastronom 14
06124 Halle-Neustadt
0345 4701678
www.hendriklange.de

Neumarkt 12
06712 Zeitz



Guido Henke

Ritterstraße 1
39340 Haldensleben
03904 7243422

Neuperverstraße 47
29410 Salzwedel



Kristin Heiß

Friedrich-Ebert-Straße 22
06366 Köthen
03496 700347
www.kristinheiss.de



Thomas Lippmann

Pfaffengasse 4
06886 Lutherstadt Wittenberg
03491 402865
www.thomas-lippmann.de



Wulf Gallert

Anne-Frank-Straße 20
39576 Stendal
03931 519749
www.wulfgallert.de



Henriette Quade

Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
0177 4410218
www.henriette-quade.de



Nicole Anger

Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
0391 50672800
www.nicole-anger.de



Kerstin Eisenreich

Burgstraße 9
06217 Merseburg
03461 276986
www.kerstin-eisenreich.de

Nebraer Straße 18
06268 Querfurt

Neumarkt 12
06712 Zeitz



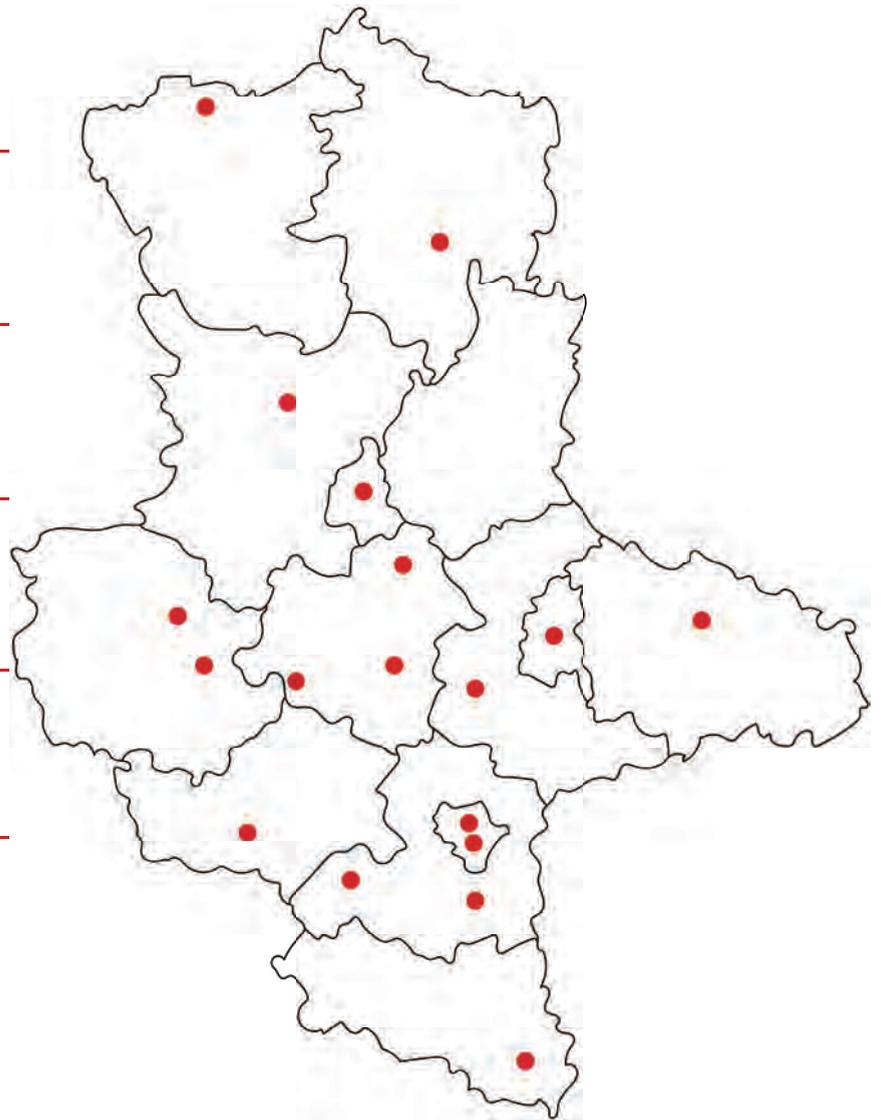
Eva von Angern

Pfännerstraße 9
39218 Schönebeck (Elbe)
03928 7638944
www.evavonangern.de

Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
03471 622947

Oststraße 5
06449 Aschersleben

Löderburger Straße 94
39418 Staßfurt



Impressum

Fraktion Die Linke im Landtag von
Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391 560 5003
Fax: 0391 560 5008
E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-lsa.de

V.i.S.d.P.: Oliver Wiebe
Redaktion: Karsten Stöber
Oliver Wiebe

Layout: Marten Dietrich
Fotos: Rayk Weber, Fraktion, privat, Adobe
Stock, Olaf Krostitz

Hinweis: Dieses Material darf nicht zu
Wahlkampfzwecken verwendet
werden!

Für Sie
im Netz!

